

Junge Europäische Föderalist*innen Niedersachsen e.V.
c/o Europa-Union Niedersachsen e.V.
Escherstraße 22
30159 Hannover
info@jef-nds.de

BESCHLUSS DES LANDESBEIRATS

Hannover, 17. Oktober 2020

Auch an den EU-Außengrenzen für eine Einhaltung Europäischer Werte!

Analyse

Die europäische Flüchtlings- und Migrationspolitik ist ein wichtiges Thema. Als JEF haben wir uns dabei stets für eine Politik auf Basis der Europäischen Werte, welche durch den *Acquis communautaire* weiter bestimmt werden, eingesetzt und uns für solidarische, europäische Lösungen ausgesprochen. Wir wollen direkt an den Beschluss "Zeitgemäße und humane Asyl- und Migrationspolitik in der EU" des 62. Bundeskongresses im Jahr 2015 anknüpfen.

Wir stellen mit Erschrecken fest, dass sich mit dem massiven Ausbau der europäischen Grenzschutzbehörde Frontex seit 2015 Berichte über Menschenrechtsverletzungen häufen. 2019 haben Medienberichte Details aus internen Dokumenten der Behörde offengelegt, die zeigen, wie Frontex gegen geltendes Recht verstößt sowie auferlegte Standards und Richtlinien missachtet.

Als Föderalist*innen ist es für uns inakzeptabel, dass immer noch die Mitgliedstaaten mit einer EU-Außengrenze alleine die Verantwortung der Erstaufnahme tragen. Insbesondere durch das Fehlen einer gemeinschaftlichen europäischen Regelung konnten diese untragbaren Zustände und die daraus resultierende humanitäre Katastrophe, die wir in den letzten Jahren an den europäischen Außengrenzen erlebt haben, entstehen. Nur europäisches, solidarisches Handeln, gemeinsame Finanzierung sowie koordiniertes Vorgehen können hier weitere Menschenrechtsverletzungen verhindern und die dringend benötigte Abhilfe schaffen.

Forderungen

Daher fordern wir, ergänzend zu dem Beschluss aus 2015:

1. eine staatliche Seenotrettung der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten: Wir fordern eine gemeinsame europäische Mission zur Rettung von Geflüchteten im

Mittelmeer. Solange es eine solche Mission nicht gibt, begrüßt die JEF Niedersachsen das Engagement von Seenotrettungsorganisationen und fordert die EU und die nationalen Regierungen auf, diese zu unterstützen sowie zu entkriminalisieren. Auf lange Sicht führt unserer Meinung nach kein Weg an der Schaffung legaler Fluchtwege im Rahmen der bereits im Politischen Programm der JEF Deutschland geforderten gemeinsamen Kompetenz einer Europäischen Flüchtlingspolitik vorbei.

2. dass die europäische Behörde für Grenz- und Küstenwache, Frontex, Europäische Werte einhält, was durch ein Kontrollgremium mit Eingriffsrechten und Weisungsbefugnissen – bspw. einen Ausschuss des Europäischen Parlaments – durchgesetzt wird.

3. mehr europäische Solidarität: Wir halten an unserer Forderung nach einer umfassenden Reform der EU-Asylpolitik und des Dublin-Abkommens fest, fordern darüber hinaus aber auch eine gerechte Verteilung der Lasten – hinsichtlich der Erstaufnahmelagern – unter allen Mitgliedstaaten. Wir fordern weitergehend, dass Geflüchtete innerhalb der EU ausnahmslos in menschenwürdigen Bedingungen untergebracht werden. Dies kann nur durch europäische Zusammenarbeit realisiert werden.

Auch die Externalisierung der Grenzkontrollen, beispielsweise durch Finanzierung von Lagern in außereuropäischen Ländern, darf nicht fortgeführt werden.